



**DPoIG**

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

**5**

Mai 2021 / 55. Jahrgang

# POLIZEISPIEGEL

## Keine Krisenbewältigung ohne Polizei



**Interview mit Armin Schuster,  
Präsident des BBK**

Seite 8 <

12. dbb Bundesfrauen-  
kongress

Sabine Schumann  
in Geschäftsführung  
der dbb bundesfrauen-  
vertretung gewählt

Seite 19 <

Fachteil

- Hypoglykämie als Problem der Fahreignung und der Polizeipraxis
- Schriftzug „FCK BFE“ auf Kleidungsstück kann Beleidigung sein



# Antwort der Landesregierung zur aktuellen Beförderungssituation der Landespolizei

Quelle: Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung, Drucksache 7/7443 vom 12. März 2021

Interessant und bedenklich zugleich ist ein Passus, der Folgendes besagt: „Bei den zu berücksichtigenden Wartezeiten ist zudem der weiterhin gültige Kabinettsbeschluss vom 12. Dezember 1995 anzuwenden, wonach Beförderungen nicht innerhalb von Zeitintervallen von weniger als zwei Jahren erfolgen dürfen.“ Das kann nichts anderes bedeuten, als dass die Landesregierung und das Kabinett des Ministerpräsidenten den jämmerlichen Zustand der aktuellen Beförderungssituation bewusst und gewollt hervorgerufen haben! ... Eine tolle Landesregierung, schön, dass Sie Geld für Ihre Diätenerhöhung gefunden haben!

**Frage: Bei wie vielen Beamt\*innen in der Landespolizei Sachsen-Anhalt liegen momentan die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für eine Ernennung in ein anderes Amt mit einem höheren Endgrundgehalt vor?**

Entsprechend der jährlichen Abfrage zum Beförderungsbefehl zum Stichtag 1. Januar 2021 sind insgesamt 1.499 Be-

förderungen im Polizeivollzug und in der Polizeiverwaltung entsprechend den beamtenrechtlichen Voraussetzungen rechtlich möglich.

**Frage: Wie viele beförderungsfähige Polizeibeamt\*innen in Sachsen-Anhalt nehmen derzeit Dienstposten im Rahmen einer Dienstpostenübertragung wahr, die deutlich höher bewertet und eingestuft sind, aber nicht die dafür entsprechende Vergütung erhalten?**

Ausgehend davon, dass „deutlich höher bewertet“ dahin gehend ausgelegt wird, dass zwischen Statusamt und Wertigkeit des Dienstpostens mindestens zwei Stufen liegen, werden insgesamt 472 beförderungsfähige Polizeibeamt\*innen auf deutlich höher bewerteten Dienstposten geführt. Diese teilen sich entsprechend der zum 1. Januar 2019 umgesetzten Polizeistrukturreform wie folgt auf:

## Höherwertiger Dienstposten (mindestens zwei Stufen über Statusamt)

PI Magdeburg	138
PI Halle	107
PI Dessau	23
PI Stendal	135
PI ZD	36
LKA	24
FH Pol	8

**Frage: Welche Dienstposten sind hiervon insbesondere betroffen?**

Die betroffenen Dienstposten teilen sich entsprechend der zum 1. Januar 2019 umgesetzten Polizeistrukturreform wie folgt auf (siehe Tabelle rechts):

**Frage: Wie viele Polizeibeamt\*innen gehen derzeit im Eingangsamt in Pension?**

Im Jahr 2020 ist eine Polizeivollzugsbeamtin im Eingangsamt in den Ruhestand getreten. Mit Stand 1. Januar 2021 werden elf Polizeibeamtinnen und -beamte, die sich momentan im Eingangsamt befinden, 2021 in den Ruhestand eintreten. Allerdings ist derzeit nicht abzusehen, wie sich hier die Beförderungssituation in diesem Jahr entwickelt.

**Frage: Aus welchen Gründen wurden beförderungsfähige Polizeibeamt\*innen bisher nicht befördert?**

Aktuell möglich ist eine Beförderung, wenn zum Stichtag eine entsprechende Planstelle zur Verfügung steht, der Beamte/die Beamtin zum Stichtag einen höherwertigen Dienstposten im Rahmen

einer Dienstpostenübertragung wahrnimmt, sich in der Erprobungszeit bewährt hat (§ 22 Abs. 2 Nr. 3 LBG LSA), die Wartezeiten erfüllt sind und kein Beförderungsverbot oder Beförderungshindernis am Stichtag vorliegt.

Bei den zu berücksichtigenden Wartezeiten ist zudem der weiterhin gültige Kabinettsbeschluss vom 12. Dezember 1995 anzuwenden, wonach Beförderungen nicht innerhalb von Zeitintervallen von weniger als zwei Jahren erfolgen dürfen.

Da sich Beförderungen nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung der Beamtinnen und Beamten richten, ist gerade in diesen Vergleichsgruppen der beförderungsfähigen Beamtinnen und Beamten eine differenzierte Auswahlentscheidung zu treffen. Eine komplette Beförderung aller beförderungsfähigen Beamtinnen und Beamten konnte bisher nicht umgesetzt werden. ■

## Vorrangig betroffene Dienstposten

PI Magdeburg	Sb/-Einsatz oder Kriminalitätsbekämpfung Bündelungsdienstposten A 7–A 9 beziehungsweise A 9– 11 BesO; RBB, Sachgebietsleiter
PI Halle	Sb/-Einsatz oder Kriminalitätsbekämpfung Bündelungsdienstposten A 7–A 9 beziehungsweise A 9–A 11 BesO; Leitende Einsatzbeamte, Führungsbeamte vom Dienst
PI Dessau	Sb/-Einsatz oder Kriminalitätsbekämpfung Bündelungsdienstposten A 7–9 beziehungsweise A 9–A 11 BesO; Leitende Einsatzbeamte, Führungsbeamte vom Dienst
PI Stendal	Sb/-Einsatz oder Kriminalitätsbekämpfung Bündelungsdienstposten A 7–A 9 beziehungsweise A 9–A 11 BesO; Leitende Einsatzbeamte, Führungsbeamte vom Dienst
PI ZD	Sb/-Einsatz und LFZ Bündelungsdienstposten A 7–A 9 beziehungsweise A 9–A 11 BesO; Leitende Einsatzbeamte WSPRev
LKA	Dienstposten der Besoldungsgruppe A 10 BesO
FH Pol	Lehrkräfte, Trainer, Fachhochschullehrer, Sb/-in Fortbildung, Fachkoordinator

## Impressum:

Redaktion:  
Veit Richter (v. i. S. d. P.)  
pressestelle@dpolg-st.de  
Tel.: 0391.5067492  
Fax: 03222.3147300  
Landesgeschäftsstelle:  
Deutsche Polizeigewerkschaft  
im ddb – Landesverband  
Sachsen-Anhalt e. V.  
Schleiufer 12  
39104 Magdeburg  
Tel.: 0391.5067492  
Fax: 03222.3147300  
www.dpolg-st.de  
info@dpolg-st.de  
ISSN 0945-0521

## DPolG-Kreisverband Börde

Nachdem Torsten Wiegel-Wichmann das Amt des Kreisverbandsvorsitzenden niederlegte, wird dieser Kreisverband nun kommissarisch durch Frank Geppert geführt, der sich hiermit vorstellt:

- > 52 Jahre, Vater eines Sohnes, Hobbys: meine Hunde, mein Boot und Wohnwagencamping
- > seit 1993 bei der Polizei, Stationen des Polizeidienstes waren: Bereitschaftspolizei, Autobahnpolizei, Zentraler Einsatzdienst. Seit 2014 bin ich im Polizeirevier Börde (RK Oschersleben) tätig

Rechte und Pflichten hinzuweisen,  
 > auch unsere lebensältere Kolleg\*innen werde ich nicht vergessen, auch diese sollen im Austausch einbezogen werden und ihre Erfahrungen den jüngeren Kolleg\*innen mit auf dem Weg geben.

Kurzum, ich werde mich den anstehenden Aufgaben stellen und euer Ansprechpartner sein. Das Dienstgeschehen beziehungsweise der Dienstag sollte dabei nicht nur im Vordergrund stehen! ■

### Meine Ziele als zukünftiger Kreisvorsitzender

- > eine engerer Austausch mit anderen Kreisverbänden, was zur Folge haben soll, dass sich auch die dienstliche Zusammenarbeit mit anderen Revieren verbessert,
- > bessere Aufklärung der Kolleg\*innen, um so Vertrauen zu schaffen, um das Arbeitsklima innerhalb des Kollegenkreises zu verbessern,
- > explizit die jungen Kollegen sind meine Zielgruppe, um gerade diese besser auf ihre



> Frank Geppert

### > Anträge auf Rechtsschutz

Leider ist es so, dass wir als Gewerkschaft unseren Mitgliedern (immer noch viel zu häufig) durch die Gewährung eines Rechtsschutzes zur Seite stehen müssen. Wir machen dies gern und nehmen dabei dankbar die Hilfe unserer eigenen Fachanwälte in Anspruch. Doch weisen wir darauf hin, dass hierzu die richtigen Anträge gestellt werden müssen. Das korrekte Formular ist auf unserer Internetseite ([www.dpolg-st.de](http://www.dpolg-st.de)) eingestellt.



© Pixabay

## Kooperation mit SELGROS

Als Mitglied der Deutschen Polizeigewerkschaft Sachsen-Anhalt habt ihr, dank unserem neu gewonnenen Kooperationspartner SELGROS Cash & Carry, dem Selbstbedienungs-Großhandelsunternehmen, die Möglichkeit, einzukaufen wie die Profis!

SELGROS bietet ein kompetentes, riesiges und breit gefächertes Sortiment mit rund 60 000 Artikeln. Im Food-Bereich mit hauseigener Metz-

gerei, hervorragender Auswahl an Getränken, Weinen, Spirituosen, Süßwaren und vielem mehr sowie im Non-Food-Bereich (unter anderem

Schuhe, Bekleidung, Büroartikel, TV-Geräte ...) führt SELGROS fast alles und das zu günstigen Großhandelspreisen.

Eine persönliche Einkaufskarte bekommt ihr direkt im SELGROS-Großhandel, indem ihr euch mit dem DPolG-Mitgliedsausweis und Personalausweis legitimiert.

Mitglieder, die über keinen Mitgliedsausweis verfügen, setzen sich bei Interesse bitte mit der Landesgeschäftsstelle Magdeburg in Verbindung. ■

# Landtagswahl 2021 in Sachsen-Anhalt – Antworten der Politik

## Unsere Frage: Warum sollten Bedienstete der Polizei und Feuerwehr Sie wählen?

**DIE LINKE.** Um die öffentliche Sicherheit der in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen zu gewährleisten, bedarf es einer personell und sächlich gut ausgestatteten, gut ausgebildeten und gut organisierten bürgernahen Polizei. Die Polizei in Sachsen-Anhalt benötigt ebenso eine gute bauliche und technisch moderne Infrastruktur. Arbeitsbedingungen müssen verbessert, Überstunden abgebaut, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet und der Krankenstand mittels eines modernen Gesundheitsmanagement reduziert werden. Polizeibeamte und -beamtinnen müssen gut bezahlt und beförderungsfähige Polizisten und Polizistinnen zügig befördert werden. Für all diese Voraussetzungen und Bedingungen tritt Die Linke mit Nachdruck ein.

Die Linke hat sich bisher und wird sich auch zukünftig aktiv und mit Vehemenz dafür einsetzen, dass die Arbeit der Feuerwehren, egal ob hauptamtlich oder ehrenamtlich, gut ausfinanziert wird. Das geht nur durch die Erhöhung der Ausgaben aus der Feuerschutzsteuer an die Städte und Gemeinden.

Zukünftig sollen Feuerwehren mehr über ihre Belange mitreden. Wir fordern einen Landesbeirat für Brand- und Katastrophenschutz. An der Ausbildungsqualität in den Feuerwehren darf nicht gespart werden, unser Anliegen ist es, das Institut für Brand- und Katastrophenschutz zu

stärken und die ehrenamtliche Kreisausbildung nicht infrage zu stellen. Unser Anliegen ist es, dass für die ehrenamtliche Arbeit der Feuerwehrmänner und -frauen im aktiven Einsatzdienst Rentenpunkte im System der gesetzlichen Rente zu verankern sind.

**SPD** Es war die SPD-Fraktion und nur diese, die in der abgelaufenen Wahlperiode dafür gesorgt hat, dass es für die Polizeivollzugsbeamten nicht zu einer pauschalen Erhöhung der besonderen Altersgrenze auf 62 Jahre oder gar noch mehr kommen wird. Durch die Anrechnung belastender Dienste wird es für sehr viele Polizisten bei einer Pensionierung mit 60 Jahren ohne Kürzung des Ruhegehaltes bleiben. Für die Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes, welche im Einsatzdienst der Berufsfeuerwehren tätig sind, bleibt es sogar generell bei der Altersgrenze von 60 Jahren. Finanz- und Innenminister wollten dies völlig anders, wir haben es erfolgreich abgewehrt.

**AfD** Weil etliche Unterstützer, Mitglieder und Mandatsträger der AfD diesen Berufsgruppen angehören und folglich die Probleme aus erster Hand kennen. Das erklärt, warum sich die AfD vorbehaltlos für die Bediensteten der Polizei, Berufsfeuerwehren sowie für die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren einsetzt.

**CDU** Dafür setzen wir uns für Sie ein:

### Landespolizei:

› Bei der gesetzlich geregelten Kennzeichnungspflicht wer-

den wir darauf achten, dass die Belange der Beamten durch Schutz der personenbezogenen Daten berücksichtigt werden, indem vor den Einsätzen die individuelle Kennzeichnung gewechselt wird.

- › Ein „Antidiskriminierungsgesetz“, wie es Rot-Rot-Grün in Berlin umgesetzt hat, lehnen wir für Sachsen-Anhalt ab. Wir werden unsere Staatsdiener nicht mit Vermutungsregelungen belasten und damit unterstellen, dass ihr Verwaltungshandeln von diskriminierenden Motiven geprägt ist. Die Beschwerdestelle im Ministerium für Inneres und Sport hat sich bewährt. Daher erteilen wir der Einführung eines sogenannten „externen Beauftragten“ mit eigenen Ermittlungskompetenzen eine klare Absage.
- › Die Sachausstattung unserer Polizeibeamten muss den wachsenden und neuen Herausforderungen gerecht werden. Daher erfolgten in den letzten Jahren umfassende Ersatzbeschaffungen und Erneuerungen, zum Beispiel bei der Ausrüstung mit Helmen, Körperschutz und Standardpistole, die Beschaffung von Polizeibooten und die Beschaffung eines weiteren Polizeihubschraubers. Wir wollen unsere Polizei zukünftig mit Tasern ausstatten, denn sie sind eine wirkliche Alternative zum Schusswaffeneinsatz. Ihr Einsatz kann dabei helfen, in kritischen Situationen zu handeln, ohne die betroffenen Personen ernsthaft zu verletzen. Taser erhöhen sowohl die Sicherheit der Polizei als auch die der Beteiligten. Für uns steht fest, dass der Einsatz von Bodycams dazu beitragen kann, die

nachträgliche Aufklärung bestimmter Situationen deutlich zu verbessern. Die Bild- und Tonaufnahmen der Kamera können in diesen Fällen als Beweismittel in einem möglichen Strafverfahren gegen Beamte ausgewertet werden und das rechtmäßige polizeiliche Handeln beweisen. Das Pilotprojekt Bodycams werden wir daher ausweiten und flächendeckend in Sachsen-Anhalt einführen. Den Einsatz von Body-Cams zur Gefahrenabwehr in Wohnungen sowie für Ordnungskräfte in Kommunen werden wir gesetzlich regeln.

- › Wir werden uns auch weiterhin für individuelle Aufstiegsmöglichkeiten und Beförderungen einsetzen, um die persönliche Entwicklung der Landesbediensteten zu verbessern.
- › Zu einer modernen Landesverwaltung gehört die Möglichkeit der Erweiterung des Homeoffice, um Familie und Beruf in Einklang zu bringen.
- › Wir wollen, dass zukünftig die Kosten für die Rechtsverteidigung vom Dienstherrn übernommen werden, wenn gegen einen Bediensteten des Landes wegen einer dienstlichen Verrichtung oder eines Verhaltens, das mit dieser dienstlichen Tätigkeit zusammenhängt, ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft eingeleitet, die öffentliche Klage im strafgerichtlichen Verfahren oder Privatklage erhoben oder der Erlass eines Strafgebefehls beantragt worden ist.

### Brand- und

### Katastrophenschutz:

Für einen verlässlichen Brandschutz werden wir das Programm zur Förderung des

kommunalen Brandschutzes fortsetzen. Das Zusammenspiel der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Kameradinnen und Kameraden mit den Rettungs- sowie Hilfsorganisationen bei Unglücksfällen und Katastrophen muss reibungslos funktionieren. Deshalb ist das Brand- und Katastrophenschutzgesetz hinsichtlich der Effektivität und Effizienz fortlaufend zu aktualisieren. Vor allem im ländlichen Raum muss die landesweit einheitliche Hilfsfrist von zwölf Minuten eingehalten werden. Dafür brauchen wir eine verlässliche Standortstruktur und das Land hat die Kommunen mit einer gezielten Förderung finanziell zu unterstützen. Die zentrale Beschaffung von Einsatztechnik, die Förderung beim Erwerb von Fahrerlaubnissen und die Auszahlung der Feuerschutzsteuer sind elementare Unterstützungsleistungen für die kommunale Familie. Für die Bekämpfung der Wald- und Flurbrände müssen die Feuerwehren bestens ausgestattet sein. Dazu gehören Drohnen, mobile Löschwasserbehälter, geländefähige Fahrzeuge und Luftunterstützung. Der vorbeugende Brand- und Katastrophenschutz hat eine be-

sondere Bedeutung zum Schutz der Bevölkerung und muss sich an aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge (IBK) muss auch weiterhin die Aus- und Fortbildung sowie die Forschung im Land Sachsen-Anhalt gewährleisten, eine immer wieder aufkeimende Debatte zur Veränderung der Struktur (Outsourcing) lehnen wir ab. Wir brauchen ausreichend Einsatzkräfte in den Feuerwehren. Die demografische Entwicklung in den Wehren kann das Land positiv mitgestalten, unter anderem durch eine beständige Nachwuchswerbung, eine Unterstützung des Feuerwehrverbandes und des Feuerwehrsports sowie der Kinder- und Jugendfeuerwehren. Für die ehrenamtliche Arbeit muss auch weiterhin eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden, das ist für uns Anerkennung und Wertschätzung zugleich. Die Kommunen brauchen für die Entschädigung der Kameraden im aktiven Einsatzdienst einen flexibleren Rahmen, um die Höhe, analog der gewählten Mandatsträger, selbst bestimmen zu können. Ein Mitglied im Einsatzdienst

der Feuerwehr muss auch weiterhin bei einer Personaleinstellung in der Gemeinde bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt werden. Für die Einheiten des Katastrophenschutzes wollen wir in den nächsten Jahren neue Einsatzleitwagen beschaffen. Weiterhin werden wir für Mangelagen, Krisen, Notfälle und Katastrophen eine eigenen Landesvorhaltung von Schutzausstattung, zum Beispiel unter Regie des DRK-Landesverbandes Sachsen-Anhalt e. V., schaffen, um von langen Liefer- und Versorgungsketten unabhängig zu sein.



Als Bündnisgrüne sind wir die Bürgerrechtspartei, die für Sicherheit aller Menschen im Land Verantwortung übernimmt.

Wir haben uns in der Koalition in Sachsen-Anhalt von Anfang an dafür eingesetzt, die Polizei zu stärken. Wir wollen mehr Beamte auf der Straße, bessere Ausstattung der Beamten und die Prävention stärken. Der Personalabbau bisheriger Landesregierungen wurde in dieser Legislatur gestoppt, die Trendwende in der Personal-

politik eingeleitet. In Sachsen-Anhalt versehen jetzt endlich wieder mehr Polizisten Dienst als vor vier Jahren. Das ist auch ein Erfolg grüner Politik. Bei der Ausstattung mit Einsatzmitteln gab es deutliche Verbesserungen.

Die Polizei ist zentrale Stütze des Rechtsstaats. Als Grüne stehen wir in engem Austausch mit Polizeigewerkschaften und Beamt\*innen. Diesen Dialog wollen wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

Die demokratische und rechtsstaatliche Kontrolle der Polizei stärkt die Institution und die Beamt\*innen, indem sie das Vertrauen aller Bürger\*innen sichert, zum Beispiel durch die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt\*innen. Mit der Einführung eines Polizeibeauftragten wollen wir in den kommenden Jahren noch bessere Möglichkeiten für Beamt\*innen selbst, aber auch für Betroffene schaffen, sich bei Problemen und (zu überprüfenden) Missständen im Polizeiapparat an eine unabhängige Stelle zu wenden. ■

## Geburtstagsgrüße

Wir gratulieren alle im Mai geborenen Mitgliedern und wünschen viel Schaffenskraft und Gesundheit im neuen Lebensjahr!

*Der Landesvorstand*